



Niederschrift zur Sitzung des Bezirksausschusses 23

Termin: 10.02.2026

Ort: Mensa der Grundschule Theodor-Fischer-Straße

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Anwesende: 14 BA-Mitglieder gemäß Anwesenheitsliste

1. Allgemeines

1.1 Begrüßung, Beschlussfähigkeit

Herr Fuckerieder begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

1.2 Genehmigung der Tagesordnung

Der TOP 7.1 und der TOP 2.2.2 werden vorgezogen. Der TOP 7.6 wird von der TO genommen, da keine Beschlussfassung mehr notwendig ist.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen angenommen.

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

1.3 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Januar-Sitzung wird genehmigt.

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

2. Anliegen von Bürger*innen

2.1 Sprechstunde für Bürger*innen

-/-

2.2 Post von Bürger*innen an den BA

1. Gefahrenlage durch offen abgestellte Lachgas-Druckbehälter in Allach
Das Anliegen wird an das KVR und das Baureferat weitergeleitet mit der Bitte, regelmäßig zu kontrollieren. Die Presse wird um Veröffentlichung gebeten.
Die Polizei wird die Sachlage beobachten.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
2. Erweiterung Betriebsgelände der KNDS
- Behandlung bei TOP 7.1
3. Wechselbrücke für Hilfsorganisation GAIN
Der Eigentümer des Kirschgeländes hat einen temporären Stellplatz angeboten, der Kontakt des Bürgers wird weitergegeben.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
4. N - Verkehrsberuhigung / Sicherung der Querung am Schwabenbächl in Höhe Wilhelm-Zwölfer-Straße
Die Empfehlung des UA Umwelt und Verkehr lautet:
Der UA schlägt vor, den Beginn der 30er Zone in der Mannertstraße, vor der Einmündung der Wilhelm-Zwölfer-Straße, Zum Schwabenbächl vorzuverlegen.
Das Anliegen wird an das MOR mit der Bitte um wohlwollende Prüfung weitergegeben.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
5. N - Erschließungsvarianten B/C stoppen – Schutz des reinen Wohngebiets Storchweg vor Lärm und Abgasen
Das Anliegen wird an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung weitergeleitet mit der Bitte um Mitteilung zum aktuellen Sachstand. Der BA hatte sich im Rahmen des Anhörungsverfahrens gegen die Varianten B und C ausgesprochen:
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung.

3. Berichte und Protokolle aus den Unterausschüssen

3.1 Budget

Der UA hat im Vorfeld der Sitzung getagt.

3.2 Familie, Bildung, Soziales und Sport

1. vom 13.01.26

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

Frau Voß berichtet über das Treffen an der städtischen Sporthalle an der Eversbuschstraße mit dem RBS, dem Hausmeister und den Vertretern des Vereins. Der Verein hat ein Protokoll mit einer Maßnahmenliste erstellt, die an den BA weitergegeben wird. Es wurde vereinbart, dass akute Maßnahmen (z.B. defekte Toilettenbrillen, fehlende Seifenspender + Toilettenpapier) sofort erneuert werden (Umsetzung bis zum 10.03.26) und zu den übrigen Maßnahmen (z.B. Lautsprecher, Bodenmarkierung) ein Zwischenbericht bis zum 14.04.26 dem BA vorgelegt werden soll.

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

3.3 Kultur

-/-

3.4 Planung und Bau

vom 07.02.26

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

3.5 Umwelt und Verkehr

vom 07.02.26

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

4. Berichte und Protokolle der Beauftragten

4.1 Baumschutz

vom 08.02.26

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

5. Anträge

1. N - Erweiterung der Beisetzungsmöglichkeiten auf dem Allacher Friedhof
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
2. N - Sanierung der Wohnung Eversbuschstr. 161
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung.
3. N - Errichtung Schallschutz auf der Nordseite in der Ludwigsfelder Straße östlich der Bahnlinie
Die Empfehlung des UA Umwelt und Verkehr lautet:
Der UA befürwortet den Antrag.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

6. Entscheidungen

1. (E) Stadtbezirksbudget: Kreisjugendring München-Stadt, Demokratie im Einsatz - Demokratiemobil München am 25.02.2026, 1.517,00 Euro, Az.: 0262.100-23-0262
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18896
Zustimmung in voller Höhe am Standort Schulzentrum Pfarrer-Grimm-Schule, alle Schulen im Stadtbezirk sollen über die Aktion informiert werden.
Mehrheitlicher Beschluss: Zustimmung
2. (E) Offenlegung der Bodenversiegelungsquote
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02939 der Bürgerversammlung des 23. Stadtbezirkes Allach vom 22.07.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18591
Das Wort „wonach“ auf Seite 4 im Antrag der Referentin bei Nr. 1 des Antrags wird gestrichen.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
3. (E) Stadtbezirksbudget: Interessengemeinschaft der Allacher und Untermenzinger Vereine e.V., Sanierung der 45 Jahre alten Kiosk Thekenanlage mit Schankanlage vom 15.02. -30.04.2026, 9.235,69€; Az. 0262.100-23-0263
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19017
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung in voller Höhe

7. Anhörungen

1. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 01.12.25:
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1713a - Ludwigsfelder Straße (südlich), Verlängerung Krauss-Maffei-Straße/Privatstraße (westlich), Kraus-Maffei-Straße (nördlich), Bahnlinie München – Ingolstadt (östlich) „KNDS-Norderweiterung“ - Aufstellungsbeschluss -
(vertagt aus 01/26)

Der BA-Vorsitzende begrüßt die Vertreter des Referats für Stadtplanung und Bauordnung und die Vertreter der Firma KNDS sowie deren Mitarbeiter und interessierte Anwohner.

Der Vertreter des Referats für Stadtplanung und Bauordnung stellt das Bauleitplanverfahren vor. Der Aufstellungsbeschluss ist zur Behandlung im Stadtrat im Juni 2026 geplant. Das Bauleitplanverfahren wird 2 bis 3 Jahre dauern.

Im Anschluss informiert der Vertreter von KDNS über die Planungen auf dem Gelände. Die Firma will auf dem Stammgelände in Allach bleiben. Da eine Expansion notwendig ist, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine neue Teststrecke ist nicht geplant. Es werden ca. 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der externe Stadtplaner von KDNS berichtet über die Ziele und die Auswirkungen, die Verkehrserschließung, den Lärmschutz sowie den Natur- und Artenschutz.

In Anschluss werden Fragen beantwortet zur Bürgerbeteiligung, Mitarbeitermobilität, Mitarbeiterwohnungen, Schichtbetrieb, Lärmbelastung für Anwohner, Errichtung einer Lärmschutzwand, Produktionsmenge, Zahl der Mitarbeiter am Standort, Auslastung der Teststrecke, Zivilschutz, Zu- und Ablieferung über den Bahnanschluss, Erschließung des Geländes, Konzept für Kfz- und Schwerlastverkehr, Übergabe der privaten Kraus-Maffei-Straße, Planung der Gebäudemassen, Gesamtfläche der Norderweiterung.

Der BA fordert eine Erörterungsveranstaltung und dankt allen Vertretern.

Die Stellungnahme des UA Planung und Bau und die Stellungnahme von Herrn Lamkewitz werden weitergeleitet:

Einstimmiger Beschluss: Zustimmung

Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:

Zwischen der Industrienutzung, insbesondere der Nutzung der Panzerteststrecke und der Wohnbebauung in der näheren und durchaus auch weiteren Umgebung gibt es bereits aktuell erhebliche Nutzungskonflikte wegen der Lärmemissionen, die vom Industriebetrieb ausgehen, gerade auch im Bereich des tieffrequenten Schalls.

Aus Sicht des BA ist unbedingt zu vermeiden, dass durch die Ausweitung des Industriegebiets eine erhöhte Lärmbelastung auf die bestehenden Wohngebiete ausgeht. Das städtebauliche Ziel „Schutz der angrenzenden und umliegenden Wohngebiete vor Immissionen“ ist deshalb bei der weiteren Planung strikt und mit hoher Priorität zu beachten und weiterzuverfolgen.

Die verkehrliche Belastung im Umkreis des Planungsgebiets ist bereits sehr hoch. Das Werksgelände wird teilweise bereits jetzt von Schwerlastverkehr über relativ enge Straßen in Wohngebieten angefahren. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen. Deshalb legt der BA Wert darauf, dass die verkehrsplanerischen Ziele, insbesondere die Erschließung ausschließlich über die Ludwigsfelder Straße bei der weiteren Planung, strikt und mit hoher Priorität beachtet und weiterverfolgt werden

Im Entwurf sind umfassende Ausführungen zur Situation von Natur und Landschaft, Flora und Fauna in der Umgebung, u.a. zu vorhandenen Biotopen, dem FFH-Gebiet Angerlohe, dem Landschaftsschutzgebiet Allacher Lohe enthalten. Dem BA ist der Schutz dieser hohen Güter ein wichtiges Anliegen. Die vor diesem Hintergrund aufgenommenen naturschutzfachplanerischen Ziele sind deshalb unbedingt und mit hoher Priorität bei der weiteren Planung zu beachten und weiterzuverfolgen.

Auch die im Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimaanpassung formulierten Ziele sind wichtig und umzusetzen.

Unter Hinweis auf den Antrag des BA 23 vom 13.01.26 (BA-Antrag Nr. 20-26/ B 08538 „Zivilschutz im 23. Stadtbezirk“) zum Thema Zivilschutz weisen wir darauf hin, dass dieser Aspekt – wie aus unserer Sicht infolge der veränderten geopolitischen Situation generell bei Bebauungsplänen und Bauvorhaben – im Rahmen dieses Bebauungsplans ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Die Stellungnahme von Herr Lamkewitz lautet:

im Rahmen der BA-Anhörung nehmen wir zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 1713a wie folgt Stellung. Die geplante Erweiterung des KNDS-Betriebsgeländes nach Norden ist ein bedeutender baulicher Eingriff in einen bisher weitgehend unbebauten Bereich. Unsere Einwendungen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die ökologischen Schutzgüter sowie die immissionsschutzrechtliche Problematik im Zusammenhang mit der angrenzenden Panzerprüfstrecke.

1. Ökologische Auswirkungen und Grünordnung

Die geplante Norderweiterung führt zu einer erheblichen Neuversiegelung von Flächen, die derzeit ökologische Ausgleichsfunktionen (u.a. Kaltluftentstehung, Bodenfunktionen) übernehmen.

- **Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung:** Durch die massive bauliche Verdichtung ist fraglich, ob die innerhalb des Plangebiets vorgesehenen Grünordnungsmaßnahmen ausreichen, um den Eingriff in Natur und Landschaft gemäß § 1a Abs. 3 BauGB zu kompensieren. Es wird gefordert, eine detaillierte Bilanzierung vorzulegen, die insbesondere den Verlust an Habitatstrukturen für Offenlandarten berücksichtigt.

- **Artenschutz:** Dem BA 23 ist bekannt, dass sich nördlich der Angerlohe eine der letzten Populationen der Wechselkröte im Münchner Westen befindet. Durch den vorgesehenen Bebauungsplan werden in diesem Bereich nun erhebliche Flächen überbaut. Aus den vorliegenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, wie die damit verbundenen Lebensraumverluste innerhalb des Plangebiets beziehungsweise im Umfeld der Angerlohe ausgeglichen werden sollen, um den Erhalt dieser vom Aussterben bedrohten Art im Stadtteil Untermenzing sicherzustellen.

Der BA 23 fordert daher, sämtliche erforderlichen Maßnahmen im Rahmen einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) darzulegen und verbindlich im Bebauungsplan festzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Maßnahmen den Erhalt der Wechselkrötenpopulation im Bereich nördlich der Angerlohe gewährleisten.

- **Landschaftsbild und Naherholung** Im Nordosten des Bebauungsplangebiets, südlich der Ludwigsfelder Straße und westlich der Privatstraße, sieht der Flächennutzungsplan Nutzungseinschränkungen zum Schutz und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft vor. Die Festsetzung von Baufeldern bis unmittelbar an die Ludwigsfelder Straße innerhalb der im Flächennutzungsplan dargestellten Schraffur kann zu einer vollständigen Überbauung dieser Bereiche führen und würde damit den Zielen des Flächennutzungsplans widersprechen.

Eine funktionale Verbindung zwischen den beiden Schutzgebietsteilen des FFH-Gebiets Allacher Lohe und Angerlohe wäre in diesem Fall nicht mehr gegeben; die Entwicklung einer verbesserten Biotopvernetzung wäre erheblich eingeschränkt. Zudem würde eine Bebauung in diesem Bereich die bestehenden Sichtbeziehungen sowie den Charakter des derzeitigen Offenlandbereichs nachhaltig beeinträchtigen.

Das FFH-Gebiet stellt derzeit den einzigen und zugleich meistgenutzten Naherholungs- und Naturraum im Stadtteil Untermenzing dar. Durch eine bis zur Ludwigsfelder Straße heranreichende Bebauung im Osten des Gebiets wäre das Schutzgebiet als zusammenhängender Landschaftsraum nicht mehr erkennbar, sondern würde in voneinander abgetrennte Teilbereiche zergliedert. Insbesondere aus der Perspektive der Ludwigsfelder Straße, die von vielen Menschen als Rad- und Wegeverbindung genutzt wird, wäre der Zusammenhang des Schutzgebiets kaum noch wahrnehmbar.

Der BA 23 fordert daher, den im Flächennutzungsplan dargestellten Schraffurbereich zur Sicherung der Grünverbindung, der Vernetzung zwischen den Schutzgebietsteilen sowie zur Erhaltung des Landschaftsbildes im Naherholungsgebiet möglichst weitgehend von Bebauung freizuhalten, insbesondere im Nordosten des Plangebiets. Ergänzend wird gefordert, in diesem Bereich südlich der Ludwigsfelder Straße geringe Gebäudehöhen festzusetzen, um den offenen Landschaftsblick nicht vollständig einzuengen.

- **Klimatische Funktion:** Das Areal fungiert als Pufferzone und Kaltluftleitbahn für die südlich angrenzenden Wohngebiete. Die geplante Bebauung könnte eine Barrierewirkung entfalten, welche die nächtliche Abkühlung beeinträchtigt. Hierzu ist ein kleinklimatisches Gutachten erforderlich.

2. Immissionsschutz und Schallemissionen (BImSchG)

Ein kritischer Punkt der Planung ist die unmittelbare räumliche Nähe zur bestehenden Panzerprüfstrecke und die daraus resultierende Wechselwirkung mit der neuen Bebauung.

- **Veränderung der schalltechnischen Gegebenheiten:** Die Errichtung großvolumiger Industrie- und Werkshallen im Plangebiet schafft neue vertikale Reflexionsflächen. Es steht zu befürchten, dass der durch den Betrieb der Panzerprüfstrecke entstehende Schall (Impuls- und Tieftonteile) an den neuen Fassaden reflektiert wird. Dies kann zu einer Erhöhung des Beurteilungspegels an den nördlich und westlich gelegenen Wohngebieten (z.B. Ludwigsfelder Straße) führen, ohne dass sich die Quellstärke der Prüfstrecke selbst ändert.

- **Notwendigkeit neuer Schallgutachten:** Gemäß der TA Lärm und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist zu prüfen, ob die geplante Bebauung die Annahmen der bestehenden Betriebsgenehmigung der Panzerprüfstrecke hinfällig macht.

Sofern die neuen Gebäude als Schallreflektoren wirken, verschieben sich die Immissionsorte oder deren Belastungswerte.

Es wird daher gefordert: Ein aktualisiertes schalltechnisches Gutachten ist zwingend erforderlich. Dieses muss eine Simulation der Schallausbreitung unter Berücksichtigung der neuen Baukörper (Reflexionsberechnung) beinhalten.

- **Heranrückende Bebauung:** Zwar handelt es sich hier primär um eine gewerbliche Erweiterung, jedoch könnten durch die Verdichtung auch Arbeitsplätze in den neuen Gebäuden selbst als schutzbedürftige Immissionsorte im Sinne der TA Lärm gelten, was wiederum die Betriebszeiten oder Nutzungsintensität der Prüfstrecke einschränken könnte (Interessenkonflikt zwischen Bestandsschutz der Strecke und Neubau).

3. Zusammenfassung und Forderungen

Um die Planreife zu erlangen und die rechtssichere Umsetzung des Vorhabens zu gewährleisten, fordern wir:

1. Die Vorlage eines umfassenden Umweltberichts, der die Eingriffe in den Boden und das Kleinklima quantifiziert.
2. Die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP).
3. Die Erstellung eines akustischen Gutachtens, das explizit die Reflexionswirkung der geplanten Hallen auf die Emissionen der Panzerprüfstrecke untersucht, um sicherzustellen, dass keine unzulässigen Belastungen für die angrenzende Wohnnachbarschaft entstehen und der Betrieb der Bestandsanlage rechtssicher fortgeführt werden kann.

4. Falls Gutachten Überschreitungen zeigen, sind Bebauungs- oder Nutzungsbeschränkungen sowie technische Schallschutzmaßnahmen verbindlich vorzuschreiben

Wir bitten um Berücksichtigung dieser Belange im weiteren Verfahren und um Vorlage der Prüfergebnisse, sowie eine schriftliche Mitteilung über die Abwägungsergebnisse der Genehmigungsbehörde.

2. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 09.01.26:
Langerhansstr. 5 (Haus 1) - Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage
(Az. 1.23-2025-19485-42)
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände.
Die Fällung der Bäume Nrn. 2-6 ist aus Sicht des BA für die Errichtung von Haus und Garagen nicht erforderlich. Der BA legt Wert auf den Erhalt der Bäume. Sollten die Bäume dennoch nicht erhalten werden, wird auf Ersatzpflanzungen einheimischer klimaresilienter Bäume gleicher Wuchsordnung Wert gelegt
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
3. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 09.01.26:
Langerhansstr. 5 (Haus 2) - Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage
(Az. 1.23-2025-19569-42)
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
4. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 08.01.26:
Feigstr. 7 - Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände.
Gegen die Baumfällungen bestehen keine Einwände. Auf Ersatzpflanzungen klimawandelresilienter einheimischer Bäume gleicher Wuchsordnung wird Wert gelegt.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
5. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 16.01.26:
Krauss-Maffei-Str. 2 - Hallen 0600-0610-061 (EG) Nutzungsänderung von Kunststoff-Technikum zu EDV und Simulatorenbereich mit Lager und Werkstatt H. 0620-0630 NÄ von Kunststoff-Technikum, Montage und Gefahrstofflager zu Lager H. 0640, 0650 NÄ v. Lackieranlage zu Lager Abbruch
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
6. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 15.01.26 und N 04.02.26:
Penzoltstr. 5 - Neubau von drei Mehrfamilienhäusern jeweils mit 6 Wohneinheiten und einer gemeinsamen Tiefgarage
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Zweifel, dass sich das Vorhaben angesichts der Dichte und Intensität der Bebauung einfügt. Bedenken gegen umfangreichen Baumfällungen. Vgl. auch bisherige Stellungnahmen.
Der Vorgang wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Eine Beteiligung ist dementsprechend nicht mehr notwendig.

7. Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 19.01.26:
Auenbruggerstraße – Änderung Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich IV/48 im vereinfachten Verfahren
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Die Änderung des Flächennutzungsplans erscheint aus Sicht des BA sinnvoll, der BA hat deshalb keine Einwände.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
8. Schreiben Mobilitätsreferat vom 22.01.26:
Georg-Reismüller-Straße - Einrichtung eines eingeschränkten Haltverbots als Anfahrtszone Kindergarten, Zeichen 286 StVO mit Zusatzzeichen
Die Empfehlung des UA Umwelt und Verkehr lautet:
Wir empfehlen einen Ortstermin, um ein stimmiges Gesamtkonzept für die geplanten Maßnahmen zu finden. Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass Halteverbote als Ausweichstellen für den Bus geschaffen werden, ein Gehwegparken beantragt wurde und ein Zebrastreifen vorhanden ist.
Der verkehrsrechtlichen Anordnung wird nicht zugestimmt, das MOR soll um einen Ortstermin gebeten werden.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
9. N - Schreiben Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 29.01.26:
Dachauer Str. 667 - Neubau Containeranlage Leergutplatz
Die Empfehlung des UA Planung und Bau lautet:
Gegen das Vorhaben bestehen keine Einwände.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
8. **Verschiedenes**
1. Wegenetz in der Angerlohe
(vertagt aus 12/25)
Die Empfehlung des UA Umwelt und Verkehr lautet:
Die Vielzahl an Trampelpfaden zerschneiden die Angerlohe in eine unnötig große Zahl von kleinen Teilstücken. Die belastet die Tier- und Pflanzenwelt und führte zu erheblichen Diversitätsverlusten. Um hier schützend einzugreifen, muss dringend die Zahl der oft sinnlosen Trampelpfade stark reduziert werden (siehe BA-Antrag von 21.05.2017, Teil In der Anlage wurde ein Vorschlag erarbeitet, der rot die Pfade darstellt, die zumeist besonders breit sind und viel genutzte Verbindungsfunktionen besitzen. Hier dürften vermutlich Stilllegungsversuche scheitern, weshalb diese unbedingt frei von Hindernissen gehalten werden sollten, damit nicht noch zusätzliche Ausweichpfade entstehen. Die in dem Vorschlag nicht dargestellten Pfade sollten stillgelegt werden.
Der Wegenetzplan mit den reduzierten Wegen soll an das RKU als Input weitergeleitet werden sowie mit der Bitte um Rückmeldung zur Umsetzung.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
2. Planungen zur Nachnutzung des Gebäudes von Münchenstift in der Manzostraße
(vertagt aus 09/25)
Es soll eine Nachfrage zum Sachstand erfolgen.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
3. Schreiben BA 17 vom 20.01.26:
Finanzielle Unterstützung und Einrichtung von Taubenhäusern
Einstimmiger Beschluss: Kenntnisnahme

4. Frau Hartdegen bittet um Nachfrage bei dem Künstler des Kunstprojekts „Menzinga“, wann die fehlenden Bilder angefertigt werden.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
5. Herr Lamkewitz berichtet, dass am Ende der Penzoltstraße alle Holzpoller umgefahren wurden und Fahrrillen in der Grünanlage und an einen Parkplatz im Bereich der Baumwurzeln zu sehen sind.
Das Baureferat soll um Erneuerung der Poller gebeten werden. Herr Lamkewitz reicht ein Foto der BA-Geschäftsstelle nach.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
9. **Umlauf**
Folgende Punkte werden aufgerufen: 9.1.1, 9.1.3, 9.6.5, 9.11.2, 9.13.3
- 9.1 **Baureferat**
 1. Schreiben vom 20.01.26 und Schreiben Bürger vom 17.01.26:
Am Münchfeld - Versetzung der neuen öffentlichen Bank
Für die schnelle Umsetzung des Bürgeranliegens soll dem Baureferat ein Dank ausgesprochen werden.
 3. Schreiben vom 22.01.26:
Einladung in den BA - Information zur Sanierung Eversbuschstraße und Allacher Tunnel
Es soll eine Nachfrage zum Zeitplan im MOR und der SWM erfolgen.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
- 9.6 **Mobilitätsreferat**
 5. N - Schreiben vom 03.02.26:
Aufstellen von Trinkwasserspendern an den S-Bahnhöfen Allach, Karlsfeld und Untermenzing
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08128
Frau Kraft: erkundigt sich, warum im Stadtbezirk 21 drei Brunnen realisiert werden, aber im 23. Stadtbezirk keiner.
- 9.11 **Sozialreferat**
 2. Schreiben vom 27.01.26 und N - Schreiben AKIM vom 29.01.26:
Diamaltpark - Anfrage zu Kindergarten Georg-Reismüller-Straße und zu dem Spielplatz Am Münchfeld
Der BA dankt AKIM und bittet um einen Kurzbericht in der BA-Sitzung am 14.04.26.
Einstimmiger Beschluss: Zustimmung
- 9.12 **Stadtkämmerei**
- 9.13 **Sonstiges**
 3. Schreiben AKIM vom 22.01.26 und Bürgerschreiben vom 25.01.26:
Kurzprotokoll zum Austausch bzgl. Aufenthalt an der Bank Manzostr./Reuterstr.
Nachfrage ob Beschluss zu Alternativstandort notwendig?
Herr Fuckerieder und Frau Lamkewitz berichten von dem angenehmen und konstruktiven Gespräch mit den Jugendlichen und über vorgeschlagene Standorte für einen Jugendtreff.

10. Stadtrats- und Ausschussbeschlüsse

- Keine Aufrufe -

11. Nichtöffentlicher Teil

gez.

Pascal Fuckerieder
Vorsitzender des BA 23
Allach-Untermenzing

BA-Geschäftsstelle